

Henning Ottmann | Pavo Barišić [Hrsg.]

# Kosmopolitische Demokratie

## STAATSVERSTÄNDNISSE



Nomos

Wissenschaftlicher Beirat:

Klaus von Beyme, Heidelberg

Norbert Campagna, Luxemburg

Wolfgang Kersting, Kiel

Herfried Münkler, Berlin

Henning Ottmann, München

Walter Pauly, Jena

Tine Stein, Kiel

Kazuhiro Takii, Kyoto

Pedro Hermilio Villas Bôas Castelo Branco,

Rio de Janeiro

Loïc Wacquant, Berkeley

Barbara Zehnpfennig, Passau

## **Staatsverständnisse**

herausgegeben von

Rüdiger Voigt

Band 110

Henning Ottmann | Pavo Barišić [Hrsg.]

# Kosmopolitische Demokratie



**Nomos**

Das Titelbild zeigt das Hinweisschild zur Lounge des Flughafens Berlin-Tegel, die zunächst auf den Namen „Weltbürger“ getauft wurde. Sie wurde inzwischen umbenannt in „Lounge Terminal C“. Wir danken Herrn Philipp Gerwald für die Genehmigung zur Wiedergabe.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3302-6 (Print)

ISBN 978-3-8452-7655-7 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Editorial

Das Staatsverständnis hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder grundlegend gewandelt. Wir sind Zeugen einer Entwicklung, an deren Ende die Auflösung der uns bekannten Form des territorial definierten Nationalstaates zu stehen scheint. Denn die Globalisierung führt nicht nur zu ökonomischen und technischen Veränderungen, sondern sie hat vor allem auch Auswirkungen auf die Staatlichkeit. Ob die »Entgrenzung der Staatenwelt« jemals zu einem Weltstaat führen wird, ist allerdings zweifelhaft. Umso interessanter sind die Theorien der Staatsdenker, deren Modelle und Theorien, aber auch Utopien, uns Einblick in den Prozess der Entstehung und des Wandels von Staatsverständnissen geben, einen Wandel, der nicht mit der Globalisierung begonnen hat und nicht mit ihr enden wird.

Auf die Staatsideen von Platon und Aristoteles, auf denen alle Überlegungen über den Staat basieren, wird unter dem Leitthema »Wiederaneignung der Klassiker« immer wieder zurück zu kommen sein. Der Schwerpunkt der in der Reihe **Staatsverständnisse** veröffentlichten Arbeiten liegt allerdings auf den neuzeitlichen Ideen vom Staat. Dieses Spektrum reicht von dem Altmeister *Niccolò Machiavelli*, der wie kein Anderer den engen Zusammenhang zwischen Staatstheorie und Staatspraxis verkörpert, über *Thomas Hobbes*, den Vater des Leviathan, bis hin zu *Karl Marx*, den sicher einflussreichsten Staatsdenker der Neuzeit, und schließlich zu den Weimarer Staatstheoretikern *Carl Schmitt*, *Hans Kelsen* und *Hermann Heller* und weiter zu den zeitgenössischen Theoretikern.

Nicht nur die Verfälschung der Marxschen Ideen zu einer marxistischen Ideologie, die einen repressiven Staatsapparat rechtfertigen sollte, macht deutlich, dass Theorie und Praxis des Staates nicht auf Dauer von einander zu trennen sind. Auch die Verstrickungen Carl Schmitts in die nationalsozialistischen Machenschaften, die heute sein Bild als führender Staatsdenker seiner Epoche trüben, weisen in diese Richtung. Auf eine Analyse moderner Staatspraxis kann daher in diesem Zusammenhang nicht verzichtet werden.

Was ergibt sich daraus für ein zeitgemäßes Verständnis des Staates im Sinne einer modernen Staatswissenschaft? Die Reihe *Staatsverständnisse* richtet sich mit dieser Fragestellung nicht nur an (politische) Philosophen, sondern vor allem auch an Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften. In den Beiträgen wird daher zum einen der Anschluss an den allgemeinen Diskurs hergestellt, zum anderen werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse in klarer und aussagekräftiger Sprache – mit dem Mut zur Pointierung – vorgetragen. So wird auch der / die Studierende unmittelbar in die Problematik des Staatsdenkens eingeführt.

*Prof. Dr. Rüdiger Voigt*

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
<i>Pavo Barišić</i> Reichweite und Aporien kosmopolitischer Demokratie	13
<i>Hans-Otto Mühleisen</i> Menschenrechte und Kosmopolitische Demokratie. Visionäre Orientierung aus der Enzyklika „Laudato Si“	37
<i>Hasnije Ilazi</i> Drei Fragen der kosmopolitischen Demokratie: Modernität, Anerkennung, Säkularismus	51
<i>Karl-Heinz Nusser</i> Der analoge Kosmopolitismus. Von schwacher und starker Mitgliedschaft bei der Menschheit	61
<i>Olga Simova</i> Konstitutionalismus und Demokratie in der Theorie der kosmopolitischen Demokratie	75
<i>Klaus-Gerd Giesen</i> Legitimationsprobleme in Weltbürgerrecht und Weltrepublik: Kritische Überlegungen zu Otfried Höffe	85
<i>Mislav Kukoč</i> Kosmopolitismus, Internationalismus, Globalismus	103
<i>Felicia Englmann</i> Das ist – noch nicht – das Ende. Francis Fukuyamas Kritik an einer Idee der kosmopolitischen Demokratie	117
<i>Marita Brčić Kuljiš</i> Kosmopolitische Verteilungsgerechtigkeit. Eine Globalisierung des Rawls'schen Denkansatzes	129
<i>Stjepan Radić</i> Kosmopolitismus und die Frage nach der Gerechtigkeit. Eine Auseinandersetzung mit der Rawls'schen Gerechtigkeitskonzeption aus kommunitaristischer Perspektive.	149

*Henning Ottmann*  
Vier Modelle globaler Ordnung 165

Die Autoren 183

## Einleitung

Der Kosmopolitismus ist ein Kind der Antike. Er findet sich zuerst bei Sophisten wie Hippias (Prot. 337 c), bei Kynikern wie Diogenes von Sinope (Diog. Laert. 6, 33) oder bei Stoikern wie Marc Aurel (Ta eis eauton 4, 4). In seiner Frühform war der Kosmopolitismus in der Regel apolitisch, verbunden mit dem Rückzug des einzelnen auf sich selbst. Mit dem Aufkommen der antiken Weltreiche wurde er indirekt politisch. Da er die Bindungen lockerte, welche die Bürger an ihre Gemeinwesen gebunden hatten, konnte er den Imperien willkommen sein. So besehen ist es nicht verwunderlich, dass Marc Aurel beides zugleich sein will: Herr der Welt und Kosmopolit.

Wiederbelebt wird der Kosmopolitismus im Humanismus der Renaissance und in der Philosophie der Aufklärung. Er wird nun verbunden mit Humanität, Toleranz und Weltläufigkeit. In Übersetzung des griechischen Wortes „kosmopolites“ entstehen die Begriffe „cosmopolite“, „citizen of the world“ und „Weltbürger“.

Das Weltbürgertum der Aufklärung war nicht mehr so apolitisch, wie es der antike Kosmopolitismus gewesen war. Aber es geriet in Spannung zum Patriotismus und zum Republikanismus. Man konnte, und das taten viele, sich um einen Ausgleich zwischen den konkurrierenden Ansprüchen von Kosmopolitismus und Patriotismus bemühen. Man konnte aber ebenso klagen über den zweideutigen Gewinn, den der Kosmopolitismus mit sich brachte. Johann Gottfried Herder, ein Vorläufer des Historismus und der Romantik, brachte dies ironisch zum Ausdruck:

„Bei uns sind Gottlob! alle *Nationalcharaktere* ausgelöscht! wir lieben uns *alle* ... wir *gehen miteinander um*, sind einander völlig *gleich – gesittet, höflich, glücklich!* haben zwar kein *Vaterland*, keine *Unseren*, für die wir leben; aber sind *Menschenfreunde* und *Weltbürger*“.<sup>1</sup>

Heute tritt der Kosmopolitismus in ein neues Stadium. Er wird beflügelt von der Globalisierung. Kosmopolitismus und Weltbürgertum scheinen geradezu die „normative Seite der Globalisierung“ zu sein.<sup>2</sup> Dabei ist dem Kosmopolitismus aber seine Ambivalenz geblieben. Er erbt heute nicht nur die Hoffnungen, sondern auch die Befürchtungen, die mit der Globalisierung verbunden sind. Macht sie den einen Hoffnung auf eine vernetzte, friedliche und tolerante Welt, bedeutet sie den anderen nur eine Verwestlichung, eine Nivellierung der Kulturen und ein Ausufern des Kapitalismus.

---

1 Herder 1774/1967, S. 94.

2 Lange 2012.

Vor ca. drei Jahrzehnten wurde ein neues Schlagwort erfunden: die „kosmopolitische Demokratie“. Es wurde von verschiedenen Philosophen, Politikwissenschaftlern und Soziologen propagiert, so unter anderen von Daniele Archibugi, Anthony Giddens und David Held in England, von Seyla Benhabib in den USA oder Ulrich Beck in Deutschland. Dabei kann der Begriff Verschiedenes bedeuten. Er kann meinen, dass alle Staaten Demokratien werden (oder werden sollen), unter „kosmopolitischer Demokratie“ also das Globalwerden der Demokratie zu verstehen ist. Er kann aber ebenso bedeuten, dass sich die Weltordnung ändern soll und sich die Staaten unter das Dach institutionell erweiterter Vereinter Nationen, einer Weltrepublik oder eines Weltstaates begeben sollen.

Die erste Begriffsvariante, das Globalwerden der Demokratie, erinnert an die Hoffnungen, die nach dem Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Systeme en vogue waren und manche zu der überschwänglichen Ansicht verführten, dass die Geschichte an ihr Ende gekommen sei. Der immer größer werdenden Zahl von Demokratien, die damals zu beobachten war, steht aber heute eine Vielzahl autoritärer Systeme gegenüber, so dass sich die optimistische Stimmungslage inzwischen verflüchtigt hat.

Die zweite Begriffsvariante, die „eine“ Weltdemokratie, gleich in welcher Form, ob als Weltstaat, Weltrepublik oder Weltminimalstaat, wirft die Frage auf, welche Rolle den Nationalstaaten noch zukommen soll. Die Globalisierung hat die Rolle der Staaten verändert. Sie scheinen in mancher Hinsicht überfordert zu sein. Aber bedeutet dies, dass sie schon historisch überholt sind? Hier teilen sich die Meinungen. Während manche den Nationalstaat schon ins Museum der Geschichte stellen wollen, ist er für andere als Ressource der Identität und Solidarität unverzichtbar. „Kosmopolitische Demokratie“ könnte, bescheidener gefasst, auch bedeuten, dass die Staaten weiterexistieren und sie sich für den Kosmopolitismus öffnen.

Theorien der „kosmopolitischen Demokratie“ knüpfen an konkrete Probleme an wie etwa die veränderte Rolle der Nationalstaaten, Flucht, Migration, Einwanderung, Grenzen, die multikultureller werdenden Gemeinschaften. Sie sind aber auch anfällig für einen Utopismus, der vieles wünscht, sich aber um die Realisierbarkeit seiner Wünsche wenig Sorgen macht. Kann es so etwas wie eine Welt-Demokratie überhaupt geben? Würde ihr, angesichts der Vielfalt der Sprachen und Kulturen, Religionen und Weltanschauungen nicht jene Homogenität fehlen, die Demokratien benötigen? Wäre eine Kosmopolis nicht schlichtweg zu groß, um demokratisch regiert werden zu können?

Schon die demokratische Qualität internationaler Organisationen ist zweifelhaft.<sup>3</sup> Über das Demokratiedefizit der EU wird ständig geklagt. Wie würde die demokratische Qualität in noch größeren Gebilden beschaffen sein? Je größer politische Ge-

---

3 Dahl 1999.

meinschaften werden, desto mehr darf man zweifeln, dass sie einer Partizipation der Bürger noch Chancen bieten. Die direkten Demokratien der Antike waren kleinräumig, die repräsentativen der Neuzeit schon großräumiger. Aber war mit dem Nationalstaat und der repräsentativen Demokratie nicht schon eine demokratische „Schmerzgrenze“ erreicht?

Neben dem politischen Kosmopolitismus gab und gibt es einen moralischen Kosmopolitismus. Mit ihm verbinden sich Menschenfreundlichkeit und Philanthropie. „Alle Menschen werden Brüder“, Schillers Ode *An die Freude* und Beethovens *Neunte Symphonie* haben diesem Ideal einen emphatischen Ausdruck verliehen. Heute fordern Philosophen von Brian Barry über Charles Beitz und Martha Nussbaum bis zu Thomas Pogge oder Peter Singer eine globale Ethik.<sup>4</sup> Ihr Kern ist ein individualistischer Egalitarismus, der für eine gleiche Verteilung von Ressourcen, Gütern oder „Befähigungen“ (*capabilities*) plädiert. Während manche den traditionellen Konflikt zwischen Patriotismus und Kosmopolitismus wenigstens noch bemerken, gehen andere unmittelbar und nur noch von einer kosmopolitischen Verpflichtung eines jeden für jeden aus. Sie beziehen einen „unparteilichen“ Standpunkt, den Singer in der Nachfolge von Sidgwick „the point of view of the universe“ nennt.<sup>5</sup> Hier werden im Namen globaler Verpflichtungen, die ja nicht zu leugnen sind, alle persönlichen Verpflichtungen, wie man sie gegenüber Ehepartnern oder Kindern, Freunden oder Mitbürgern hat, entweder aus der Ethik ausgeschlossen oder den universalen Verpflichtungen nachgeordnet. Herders ironische Worte über den Kosmopoliten, der keine Mitbürger und kein Vaterland mehr kennt, erhalten da eine neue Bedeutung.

Kosmopoliten berufen sich gerne auf Kants Idee eines Völkerbundes und auf sein Weltbürgerrecht. Aber der Ton, in dem Kant seine Forderungen erhoben hatte, war nüchterner gewesen, als es viele Diskussionen heute sind. Kant forderte eine Föderation von Republiken, nicht von Staaten beliebiger Art. Kants Völkerbund ist aus diesem Grund nicht mit den Vereinten Nationen zu verwechseln. Diese nehmen alle, aber auch alle Staaten auf, gleichgültig ob sie Demokratien oder Diktaturen sind. Kant hoffte auf eine friedliche Gemeinschaft der Völker, die nicht ethischer und philanthropischer, sondern rechtlicher Natur sein sollte. Das Kantische Weltbürgerrecht beschränkt sich auf das Recht auf Hospitalität, das der Dritte Definitivartikel der Schrift „Zum ewigen Frieden“ fordert. Dieses Recht ist nach Kant ein Besuchsrecht, kein Gast- oder Bleiberecht. Staaten dürfen Besucher zurückweisen, wenn es „ohne ihren Untergang geschehen kann“.

Wie die Bände „Deliberative Demokratie“ (Staatsverständnisse Bd. 75) und „Demokratie und Öffentlichkeit“ (Staatsverständnisse Bd. 94) geht auch dieser Sammel-

---

4 Barry 1998; Beitz 1999; Nussbaum 2002; Pogge 1994; Broszies/Hahn 2010.

5 Lazari-Radek/Singer 2014. Klingt das nicht nach Ortlosigkeit und einem „Standpunkt“ im Nirgendwo?

band auf eine deutsch-kroatische Tagung zurück. Sie fand vom 30.08. bis zum 04.09.2015 am Inter University Center in Dubrovnik statt. Teilnehmer kamen aus den Ländern Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Kroatien und dem Kosovo. Die Humboldt Stiftung hat die deutsch-kroatischen Kooperationen durch ein dreijähriges Förderprogramm unterstützt. Ihr wie auch dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Kroatischen Ministerium für Wissenschaft gilt unser Dank.

*Für die Herausgeber  
Henning Ottmann, im September 2017*

### *Literatur*

- Barry, Brian*, 1998: International Society from a Cosmopolitan Perspective. In: D. Mappel/T. Nardin (Hrsg.): International Society. Divers Ethical Perspectives, Princeton, S. 144-163.
- Beitz, Charles R.*, 1999: Social and Cosmopolitan Liberalism. In: International Affairs 3, S. 515-529.
- Bolz, Norbert u.a.* (Hrsg.), 2000: Weltbürgertum und Globalisierung. München.
- Broszies, Christoph/Hahn, Henning* (Hrsg.), 2010: Globale Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus. Berlin.
- Dahl, Robert*, 1999: Can international organizations be democratic? A scpetic's view. In: I. Shapiro/ C. Hacker-Cordón (Hrsg.): Democracy's Edges, Cambridge, S. 19-38.
- Herder, Johann Gottfried*, 1774/1967: Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. Nachwort von Hans-Georg Gadamer. Frankfurt a.M.
- Lange, Berthold* (Hrsg.), 2012: Weltbürgerrecht. Die normative Seite der Globalisierung. Würzburg.
- Lazari-Radek, Katarzyna de/Singer, Peter*, 2014: The Point of View of the Universe. Oxford.
- Nussbaum, Martha* (Hrsg.), 2002: For Love of Country. A New Democratic Forum on the Limits of Patriotism. Boston.
- Pogge, Thomas*, 1994: An egalitarian law of peoples. In: Philosophy and Public Affairs 23, S. 195-223.

## Reichweite und Aporien kosmopolitischer Demokratie

„We could simply dream of a democracy which would be cosmopolitical, a cosmopolitan form.“

Jacques Derrida

Ansätze einer kosmopolitischen Weltanschauung, der Idee, dass alle Menschen zu einer freundschaftlichen Weltgemeinschaft, zu einem weltumfassenden politischen Gemeinwesen, zu einer *Kosmos-Polis*, gehören, stammen aus dem Zeitalter der hellenischen Antike. Seit den Kynikern und Stoikern gibt es die Rede von einem „Bürger der Welt“, einem Kosmopoliten. So wie Zeus allen Menschen die Gleichheit im sittlich universal geordneten Kosmos gewährleistete, hat es ähnlich der allmächtige Gott Jahwe in der christlichen Tradition angeordnet. Der Apostel Paulus hat in seiner Auslegung der Erfüllung des Gebots, der *Thora*, auf diesen Zusammenhang hingewiesen. Als Geschwister in einem Gott, als Kinder eines gemeinsamen Gottvaters, seien die Menschen gleiche Bürger ein und derselben Welt, in der es keinen Unterschied zwischen Griechen und Barbaren, keine Trennung zwischen Römern, Juden und Fremden gebe. Die kosmopolitische Gastfreundschaft haben die Hellenen hochgeschätzt. Die Christen haben dazu die Liebe zum Nächsten, nicht nur zum Freund, sondern auch zum Feind selber, als ein wichtiges kosmopolitisches Gebot der Menschenbruderschaft hinzugefügt.

In demselben mediterranen Erdteil wurde auch die Demokratie entwickelt. Es geht um eine Volksherrschaft, die die Ordnung des rechtlich-politischen Gemeinwesens auf den Grundsätzen der Gleichheit und Freiheit ihrer Bürger einrichtet. Im Kern dieser Regierungsform liegt die Verbundenheit oder die *Freundschaft* der gleichberechtigten Vollbürger eines Stadtstaates. Sie ist, so Aristoteles, für eine Polis als ihr „größtes Gut“ zu betrachten.<sup>1</sup> Denn sie halte eine Stadt in ihrer Grundentscheidung, „miteinander zu leben“, zusammen.<sup>2</sup> Die sich selbst regierenden Bürger-Freunde bilden ihr Gemeinwesen zusammen, das ihren gemeinsamen politischen Willen in der Volksversammlung zu äußern sucht.

---

1 „Wir meinen nämlich, dass die Freundschaft das größte Gut für einen Staat ist (denn so werden am wenigsten Bürgerkriege stattfinden), und Sokrates lobt aufs höchste die Einheit des Staates, die (wie er sagt und wie es zutrifft) das Werk der Freundschaft ist.“ *Aristoteles*, Politik II, 4, 1262 b 7-10; 2006, S. 73.

2 *Aristoteles*, Politik III, 9, 1280 b 36-39; 2006, S. 118.

In einer demokratischen Verfassung verwenden die Bürger den Begriff der Freiheit, ‚*eleutheria*‘, in zweierlei Hinsicht. Zum einen ermöglicht sie ihnen, dass die Stadt nicht immer von den Gleichen regiert wird. „Grundlage der demokratischen Staatsform ist die Freiheit; man pflegt nämlich zu behaupten, dass die Menschen nur in dieser Staatsform an der Freiheit teilhaben, und erklärt, dass danach jede Demokratie strebe. Zur Freiheit aber gehört erstens, dass man abwechselnd regiert und regiert wird.“<sup>3</sup> Durch diese primäre Freiheit sind alle Bürger im Dienst am Gemeinwohl gleich gestellt. Sie sind nicht der Herrschaft einzelner unterworfen, sondern sie haben selbst an der Regierung teil. Zum anderen gebrauchen Bürger ihr Recht auf demokratische Freiheit durch autonome Wahl der Lebensweise. Jeder Bürger kann sein Leben so gestalten, wie er leben möchte.<sup>4</sup>

Dem Wortlaut so wie auch der Bedeutung nach handelt es sich also bei *Kosmopolitismus* und *Demokratie* um zwei ursprünglich griechische Begriffe. Die beiden Begriffsprägungen haben ihre eigenen verzweigten Bedeutungsgeschichten. Sie haben sich im hellenischen und römischen Altertum durchgesetzt und wurden im Humanismus der Renaissance und während der Aufklärung wiederentdeckt und weiterentwickelt.

## 1. Zur Begriffsschöpfung und Fragestellung

Zu Ende des 20. Jahrhunderts, nachdem seit den achtziger Jahren die Globalisierungstendenzen stärker ans Licht kamen und die liberale Demokratie ihren geradezu unaufhaltsamen Siegeszug feierte, traten Bestrebungen zutage, diese beiden Ideen in Form einer neuen Begriffsschöpfung unter der Bezeichnung der *kosmopolitischen Demokratie* zu verschmelzen. Damit verband sich das Bestreben, die Politik der Nationalstaaten in Richtung auf eine globale und repräsentative Volksherrschaft umzuwandeln.

Der zeitgenössische Entwurf einer kosmopolitischen Demokratie tritt unter wesentlich anderen weltgeschichtlichen Gegebenheiten an als die antiken politischen Vorgänger. Ursprünglich erschien der Kosmopolitismus als Schattenseite der Entstehung des Weltimperiums. Der neue kosmopolitische Ansatz entwickelt sich in Zusammenhang mit den – zumeist in Westeuropa und Amerika – entfachten Auseinandersetzungen über die rechtlich-politische Ordnung der Welt, die durch die Globalisierung und die Dominanz der liberalen Demokratie gekennzeichnet ist.

---

3 *Aristoteles*, Politik VI 2, 1317 a 39-b 2; 2006, S. 203.

4 „Ein anderes (Zeichen der Demokratie) ist, dass man leben kann, wie man leben will. Sie (Demokraten) sagen, dies eben sei die Leistung der Demokratie; denn nicht leben, wie man wolle, sei charakteristisch für Sklaven.“ *Aristoteles*, Politik VI, 2, 1317 b 11-13; 2006, S. 203.

Der kosmopolitische Demokrat will seinen Beitrag zu einer besseren Einrichtung der Weltinstitutionen leisten. Bei den Sophisten, Kynikern und Stoikern dagegen trat der kosmopolitische Gedanke als ein Zeichen des Überdrusses am öffentlichen Leben zutage. Sie waren der Demokratie keineswegs wohlgesinnt, sondern bevorzugten den Rückzug ins private Leben.

Zunächst werden im Folgenden der Ausgangspunkt und die Reichweite der zeitgenössischen Bemühungen zu einer Demokratisierung globaler Politik sowie zu einer Globalisierung der Demokratie dargelegt. Danach folgt die Bestimmung des Ortes der kosmopolitischen Demokratie in der internationalen Ordnung. Es werden eine starke und eine schwache Variante des Theorems unterschieden. Daraufhin wird die Kritik an der kosmopolitischen Demokratie erörtert. Abschließend wird versucht, die Reichweite und Aporien des Konzepts näher zu beleuchten.

Die nähere Betrachtung weist zum Schluss nach, dass die gegenwärtigen Ansätze der kosmopolitischen Demokratie nicht über utopische Modelle, Wünsche oder Träume hinausgekommen sind. Nach Jacques Derrida wird „die Demokratie, die kosmopolitisch oder kosmopolitan sein würde“,<sup>5</sup> weiterhin nur ein schöner Zukunftstraum bleiben. Vielleicht liegt es daran, dass die prächtige und bunte Vielfalt der Völker mit einer einheitlichen Weltkultur und kosmopolitischen Werten nicht zu erhalten sein wird, ohne die demokratischen Grundsätze der Freiheit und Gleichheit zu beschädigen.

## 2. Kosmopolitische Demokratie oder Global Governance?

Theorien der kosmopolitischen Demokratie werden seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorwiegend von Autoren vertreten, die nach einem dritten Weg zwischen links und rechts suchen. Unter ihnen ragen die folgenden heraus: Anthony Giddens, David Held, Daniele Archibugi, Ulrich Beck, Anthony McGrew, Mary Caldor und Richard Falk. Wesentliche Beiträge haben auch Jürgen Habermas, Seyla Benhabib, Wolfgang H. Reinicke, Michael Zürn und Otfried Höffe geleistet.

Die Theorie der kosmopolitischen Demokratie hat indessen eine Reihe von Einwänden und Widerlegungen hervorgerufen. Im vorliegenden Artikel werden diese im Hinblick auf den fehlenden Demos-Begriff erörtert. Dazu werden noch die Kritiken von zwei prominenten Demokratietheoretikern – Robert Dahl und Will Kymlicka – in Betracht gezogen.

Nach dem Zusammenbruch der bipolaren Blockaufteilung der Welt und dem geschichtlichen Aufschwung des Modells der westlichen liberalen Demokratie entstanden die lebhaften theoretischen Auseinandersetzungen über eine angemessene Aus-

---

5 Derrida 1997, Kap. 4. What about Hospitality? Abs. 2.

bildung globaler demokratischer Herrschaft. In diesem Zusammenhang wurden Vorstellungen von einer Weltrepublik, beziehungsweise von einer neuen *Kosmopolis* wiederbelebt. Zum Vorschein kamen eigenartige Ideen der Verbindung von Volksherrschaft und Globalisierung sowie zur Festigung der liberalen Demokratie mithilfe kosmopolitischer Ideen.<sup>6</sup>

Auf der einen Seite traten stärkere Formen kosmopolitischer Demokratie ans Licht, die zu einem Weltstaat, einer Weltrepublik oder einer Weltregierung neigten. Andererseits wurden alternative Politikformen ohne Staatsbefugnisse unter dem Begriff *globaler Führung* (Global Governance) angeboten.<sup>7</sup> Diese Theorien sind utopisch. Sie bieten keine Ordnungsvorstellung an, die das bestehende Staatensystem mit seiner Gewährleistung von Menschenrechten und sozialen Sicherheiten ersetzen könnte.

Zunächst springt ins Auge, dass in bestimmten Entwürfen die Globalisierung mit dem Kosmopolitismus gleichgesetzt wird. Die Hauptfürsprecher dieses Modells variieren in ihren Arbeiten häufig die Begriffe „globale“ oder „kosmopolitische“ Demokratie. Daniele Archibugi erklärt, warum er und David Held lieber nach dem Ausdruck *kosmopolitische Demokratie* als nach dem der *globalen Demokratie* gegriffen hätten. Seine Begründung läuft darauf hinaus, dass „seine Zwecke nicht nur auf die jeden Weltbürger betreffenden Probleme ausgerichtet“ seien.<sup>8</sup> Kosmopolitische Demokratie betrachte nicht nur die globale Ebene, sie beziehe sich vielmehr auf alle Handlungsebenen, von der lokalen und nationalen bis hin zur regionalen und globalen.

In diesem Zusammenhang drängt sich aber die Frage auf, in welchem Maße die genannte terminologische Kombination gerechtfertigt ist. Handelt es sich da nicht um eine fragwürdige Verflechtung von zwei disparaten Begriffen?

Der *Kosmopolitismus* ist ein wertvolles humanistisches Ideengut. Vorzüglich entfaltete er sich in der europäischen Geschichte seit der Antike über Mittelalter, Renaissance und Aufklärung bis hin zu den gegenwärtigen Überlegungen zu einer Weltgemeinschaft und zu einer normativen Idee des vorbildlichen Weltbürgers. *Globalisierung* ist dagegen ein moderner, vor allem ein völkerrechtlicher, wirtschaftlicher, medialer und ökologischer Prozess der Weltverflechtung und Erdkreisvernetzung. Abgesehen von gewissen Berührungspunkten und Verknüpfungen, erfassen Globalisierung und Kosmopolitismus keineswegs denselben Inhalt. Jeder Begriff hat seine besonderen Bestimmungen und einen unterschiedlichen Entwicklungsgang. Daher sollte man diese Kategorien auch im Hinblick auf die Demokratie klar unterscheiden.

---

6 Held 2013, S. 9ff.

7 Zu dieser Unterscheidung siehe näher Höffe 1999, S. 122ff.

8 Archibugi 2012, S. 12.

Seyla Benhabib befürwortet einen engagierten „demokratischen Kosmopolitismus“, den sie von der kosmopolitischen Demokratie unterscheidet.<sup>9</sup> Mit guten Gründen hat sie auf die Widersprüchlichkeit zwischen den beiden Zugangsweisen hingewiesen. Seit der *Erklärung der Menschenrechte* durch die Vereinten Nationen im Jahre 1948 habe ein Zeitalter der globalen Bürgergesellschaft mit einer Vorherrschaft kosmopolitischer Normen eingesetzt, die in Konflikt gerieten mit den demokratischen Idealen. Die Spannung zwischen universellen Menschenrechten und den jeweiligen Gesetzen demokratischer Staaten könne keineswegs völlig überwunden werden. Man könne sie nur bis zum gewissen Grad mildern, indem man universelle Normen allmählich in die Gesetzgebung demokratischer Staaten einfließen lasse. Kosmopolitische Normen fänden ihre angemessene Geltung nur innerhalb demokratischer Rechtssysteme. Ein Weltstaatsmodell sei strittig. Kosmopolitische Normen und Prinzipien seien nur „moralisch konstruktiv“,<sup>10</sup> nicht aber rechtlich bindend. Benhabib sieht den Gegensatz zwischen der kosmopolitischen Tendenz zum Universellen und der demokratischen Ausrichtung auf das konkrete politische Volk, den *Demos*.<sup>11</sup> Es gibt keine Demokratie ohne ein bestimmtes politisches Volk, das sich Gesetze vorschreibt und eigene Angelegenheiten verwaltet. Dieses Problem offenbart sich ganz deutlich in der schwer zu beantwortenden Frage nach der Gründung des globalen *Demos*.

### 3. Globale Zivilgesellschaft und Menschenrechte ohne Weltdemos

Die beiden grundlegenden Anhaltspunkte kosmopolitischer Demokratie, auf die Ulrich Beck in seinen Erörterungen hingewiesen hat, sind die *Zivilgesellschaft* und *transnational geltende Grundrechte*. Beck hat indessen nicht die Frage beantworten können, wie dabei der *Demos*, der wichtigste Grundbestandteil der Demokratie, ins Spiel kommt. So heißt es: „Das entstehende kosmopolitische Europa eröffnet einen neuen Raum der gesellschaftlichen Organisation und politischen Partizipation, aber gerade nicht nach dem Bild eines europäischen *Demos* oder eines europäischen Politikmonopols im konventionellen Sinne – basierend auf Vereinheitlichung und Uniformität. Die tatsächliche Europäisierung, das legt dieses Buch frei, folgte bereits in den vergangenen fünfzig Jahren *empirisch* einer anderen Logik. Die Erfolgsgeschichte der Europäisierung verlief in den Gleisen eines zwar begrenzten, ja widersprüchlichen, deformierten Kosmopolitismus, der gleichwohl offen ist für Konflikte und seine eigenen Konflikte erzeugt.“<sup>12</sup>

---

9 Vgl. dazu Benhabib 2016.

10 Benhabib 2006, S. 72.

11 Benhabib 2008.

12 Beck/ Grande 2007, S. 15.

Der Menschenrechtserklärung mangelt es an einem angemessenen politischen Machträger und an einem allgemeinen Willen, der ihre praktische Verwirklichung gewährleistet. Rechte ohne demokratische Gesetzgebung und rechtlichen Zwang bleiben nur abstrakte Normen. Sie können zwar als wünschenswerte regulative Handlungsprinzipien im moralischen Sinne gelten. Aber der Internationale Menschenrechtsgerichtshof, auf den sich die Fürsprecher der kosmopolitischen Demokratie häufig berufen, hat keine hinreichend ausgebildeten Voraussetzungen für die Äußerung des allgemeinen Willens, der die Vollstreckung ihrer Urteile verbürgen könnte. Die richterliche Gewalt kann kaum selbständig wirken, wenn ihre Gegenpole, die gesetzgeberische und vollziehende Gewalt, fehlen.

Einige Autoren haben schon auf das Fehlen des globalen Demos hingewiesen. Zivilgesellschaft und Weltöffentlichkeit können nicht die Rolle des Demos übernehmen. Diesem Zugang fehlt offensichtlich die Grundvoraussetzung der modernen repräsentativen Demokratie, die auf einem prinzipiellen Unterschied zwischen der Sphäre der Bürgergesellschaft und dem politischen Bereich beruht.

Die bisherigen Debatten haben eine besonders strittige Frage ans Licht gebracht. Sie lautet: ist es möglich, einen globalen Demos auszubilden? Befürworter der kosmopolitischen Demokratie behaupten, dass mittels der Weltöffentlichkeit und der Globalgesellschaft der Weg zum Weltdemos offen stehe. Einige Autoren stellten indessen die Bildung eines globalen Demos in Frage. Unter den Kritikern seien in diesem Zusammenhang drei Autoren erwähnt.

Einer von ihnen ist der Politikwissenschaftler Winfried Thaa (2001). Er untersucht verschiedene Demokratiemodelle. Große Gefahren erwachsen der Demokratie nach seiner Erklärung aus der Verlagerung der Politik von den „Nationalstaaten zu den Netzwerken einer globalen Zivilgesellschaft“. <sup>13</sup> Sein Hauptvorwurf bezieht sich auf das Identitätsproblem der Demokratie. Er versucht nachzuweisen, dass es nicht gerechtfertigt sei, die besonderen politischen Gemeinschaften durch transnationale und globale Vereinigungen zu ersetzen. Dadurch werde „die politische Bürgerschaft auf ihre moralische und rechtliche Dimension reduziert“. Thaa weist mit Recht darauf hin, dass dabei die „spezifische politische Rationalität der Demokratie, wie sie in der Pluralität, Urteilskraft und Teilnahme“ zum Vorschein komme, vernachlässigt werde. Ein Demos sei die notwendige Voraussetzung der Demokratie.

In seiner Betrachtung von Globalisierung und Demokratie geht Ronald Axtmann, <sup>14</sup> Professor für Politische Wissenschaft und Internationale Beziehungen an der Universität in Swansea, von der Frage aus: „Was ist falsch an der kosmopolitischen Demokratie?“. Seine Antwort verweist auf den Begriff des Volkes als Grundlage der demokratischen Legitimität. Er behauptet, dass der Erfolg des Nationalstaats auf drei Faktoren gegründet wurde: auf die Gewährleistung wirtschaftlichen

---

<sup>13</sup> Thaa 2001.

<sup>14</sup> Axtmann 2008.

Wohlstands, auf die physische Sicherheit und die kulturelle Identität.<sup>15</sup> Alle drei genannten Momente gerieten jedoch mit dem Verlust des Demos in Gefahr.

Eine weitere Kritik stammt von der Professorin für Politische Wissenschaft Nadia Urbinati. Sie hat die kosmopolitische Demokratie als ein *project of global government* der näheren Beurteilung unterzogen. Ihr Hauptvorwurf gegen die kosmopolitische Demokratie bezieht sich auf die unangemessene „Übersetzung der Kantischen Maximen“.<sup>16</sup> Der klassische Aufklärungskosmopolitismus wurde auf den Imperativ der Friedenssuche und auf die Respektierung der Menschenrechte gegründet. Diese moralischen Maximen würden aber eigentlich zum Bereich der Souveränität der Nationalstaaten gehören.<sup>17</sup> Ausgehend von dem eigentlichen Sinn der Demokratie stellt sie „die Überzeugungskraft und Erwünschtheit der Zurückführung des politischen Kosmos auf einen vereinheitlichten Raum“ in Frage.<sup>18</sup> Nach ihren Betrachtungen drängt sich die Frage auf, besteht der eigentliche Sinn der Demokratie in mehr Zentralisierung oder mehr Dezentralisierung der Gewalt? Natürlich sei die Demokratie mehr auf die Teilhabe und Zusammenarbeit der Bürger ausgerichtet. Der Kern der Demokratie sei die Möglichkeit der Selbstbestimmung, des Mitredens und Mitentscheidens. Je weiter sich die Politik vom einzelnen Bürger entferne, desto schwächer die Autonomie, desto geringer die Teilnahme am Gemeinwesen, desto niedriger das Interesse am Gemeinwohl.

Im Gegensatz dazu beruft sich Daniele Archibugi auf Schriften, die sich für eine transnationale Form des Demos aussprechen. Dazu gehören vor allem Michael Zürn<sup>19</sup> und Jürgen Habermas.<sup>20</sup> Archibugi gesteht jedoch selber ein, dass es keinen Stützpunkt für einen globalen Demos gebe. Von einer globalen Zivilgesellschaft werde mehr erwartet, als sie für die Verwirklichung der kosmopolitischen Demokratie gewährleisten könne. Seine Erklärung geht von der Annahme aus, dass es noch

---

15 Axtmann 2002.

16 Jacques Derrida hat im Kantischen Begriff des Kosmopolitismus verschiedene „Bedingungen“ bemerkt und aufgelistet, die bei den Vertretern der kosmopolitischen Demokratie vernachlässigt werden. Daher ist der Kosmopolitismus-Begriff für ihn „sehr begrenzt“: „First of all you should of course welcome the stranger, the foreigner, to the extent that he is a citizen of another country, that you grant him the right to visit and not to stay, and there are a number of other conditions that I can't summarise here quickly, but this concept of the cosmopolitical which is very novel, very worthy of respect (and I think cosmopolitanism is a very good thing), is a very limited concept. Limited precisely by the reference to the political, to the state, to the authority of the state, to citizenship, and to strict control of residency and period of stay.“, *Derida* 1997, Kap. 4, Abs. 2.

17 Urbinati 2003, S. 67.

18 „My criticism interrogates in the name of democratic premises the cogency and desirability of making the cosmos into a unified political space“. *Urbinati* 2003.

19 Zürn 2000.

20 Habermas 2001.